

Sekretariat: Schreinerstrasse 43, 8004 Zürich
Telefon 044 242 82 66
Telefax 044 242 82 69
E-mail: spstadtzh@spstadtzh.ch
Internet: www.spstadtzh.ch
Datum 28. Oktober 2008



An die Zürcher Medien

Die SP der Stadt Zürich zum Bericht über die Sozialbehörde

Sehr geehrte Medienschaffende

Die SP hat immer begrüsst, dass der Stadtrat eine Aussensicht zur Zusammenarbeit zwischen Sozialdepartement und Sozialbehörde in Auftrag gab. Sie nimmt darum die Resultate dieses Berichtes der Wirtschaftshochschule St. Gallen mit Interesse zur Kenntnis und im Kernpunkt des Gutachtens, der betriebswirtschaftlichen Analyse der Zusammenarbeit zwischen Sozialdienst und Sozialbehörde auch ausgesprochen ernst. Sie ist auch gewillt, die wichtigste Kritik, die veraltete Organisation der Kontrolle in eine neue Praxis umzusetzen.

Vor der Umsetzung sind indes zwei Vorbemerkungen unerlässlich:

1. Wir halten fest, dass mehrere Berichte und Gutachten zum klaren Ergebnis kamen, dass die Sozialen Dienste ihre Arbeit korrekt erledigen und dass in Zürich von einem Eisberg, der sich unter den vorgekommenen Missbräuchen versteckt haben soll, keine Rede sein kann. Es besteht nun wieder die Gefahr oder die Absicht, die Zürcher Sozialhilfe als ausgesprochen missbrauchs anfällig hinzustellen. Darum zur Erinnerung: Die meisten in den Medien breit abgehandelten Missbrauchsfälle haben die zuständigen Sozialdienste selber aufgedeckt. Die Medien haben sie veröffentlicht und insofern mitgeholfen, mehr auf Missbrauchsmöglichkeiten zu achten. Ohne den daraus folgenden politischen Druck wäre etwa die Institution des Sozialinspektorats zumindest nicht so schnell entstanden. Veranlasst hat dies die Sozialbehörde.
2. Der vorliegende Bericht aus St. Gallen befasst sich auch im Städtevergleich mit der Zusammenarbeit zwischen Sozialen Diensten (Verwaltung) und Sozialbehörde. Die Verfasser kommen zum Ergebnis, dass das Berner Modell (sehr reduzierte Sozialbehörde) effizienter sei. Der Schluss, die Sozialhilfe funktioniere in Bern an sich besser, lässt sich aus dem Bericht nicht ziehen und wird von den VerfasserInnen auch nicht gezogen.

Unzeitgemässe Kontrolle

Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass in der Stadt Zürich zwar nicht zu wenig, aber antiquiert kontrolliert wird. In der Tat werden einzelne Dossiers bis zu acht Mal überprüft, aber immer vom Schreibtisch aus und im Prinzip vor allem auf formale Korrektheit und zu wenig auf Plausibilität und nach den Prinzipien eines Risikomanagements. Die Sozialbehörde kam in ihrem eigenen Bericht, den sie auch zuhanden der St. Galler Berichts verfasste, ebenfalls zum Ergebnis, dass die Form der Referententätigkeit eine umfassende Kontrolle vorspielt, die in der Realität nicht mehr existiert.

Heute ist es so, dass die Mitglieder der Sozialbehörde mindestens einmal pro Jahr die Auszahlung an jede und jeden Bezüger(in) visieren. Bei bis zu 1000 Dossiers pro Mitglied der Laienbehörde Sozialbehörde kann nicht behauptet werden, dass dies den Kriterien einer zeitgemässen Kontrolle noch entspricht. Was wiederum nicht bedeutet, dass die interne Kontrolle der Sozialen Dienste auch antiquiert ist. Dennoch: Bei der Kontrolle herrscht Handlungsbedarf. Die Richtung ist auch klar: Es braucht eine professionelle, unabhängige stichprobenartige Kontrolle der Normfälle und ein ausgebautenes Risikomanagement. Ungeklärt ist, wer die Verantwortung über die Kontrolle trägt.

Schwachpunkte des Berichts

Der Bericht beleuchtet auftragsgemäss vor allem die betriebswirtschaftliche Sicht der Zusammenarbeit Soziale Dienste und Sozialbehörde. Aus dieser Sicht kann man die unpräzise Abgrenzung zwischen Exekutive, Legislative und Rekursinstanz mit guten Gründen kritisieren. Verloren geht dabei die politische Sicht. Sozialhilfe ist mehr als ein Verwaltungsakt, sie benötigt die stete, auch politische Auseinandersetzung im Kleinen. Der Anteil, den die Sozialbehörde daran auch in den letzten 10 Jahren leistete, wird im Bericht unterschätzt. Den Hauptmangel am Bericht sieht die SP indes nicht in der Kritik an der Sozialbehörde und an ihrer Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten, sondern an den vorgelegten Lösungsmodellen: Keines der fünf kommt wirklich in Frage.

Eigener Weg

Die SP ist deshalb froh, dass Martin Waser als Sozialdepartementsvorsteher ein eigenes Modell erarbeiten lässt. Ein Modell, das die angesprochenen Mängel behebt und die demokratische Kontrolle durch eine Behörde garantiert, die nicht einfach aus SozialexpertInnen besteht.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Stadtparteipräsident Koni Loepfe (044 241 06 70 ab 15.00) und Anna Brändle, Fraktionspräsidentin der linken Fraktion der Sozialbehörde (079 776 67 30) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Andrea Ruckstuhl
Parteisekretär